



**Viola von Cramon**

Mitglied des Deutschen  
Bundestages  
Sprecherin für  
EU-Außenbeziehungen  
Bündnis 90/Die Grünen



**Markus Tressel**

Mitglied des Deutschen  
Bundestages  
Sprecher für Tourismus  
Bündnis 90/Die Grünen



**Christine Scheel**

Mitglied des Deutschen  
Bundestages  
Mittelstandsbeauftragte  
Bündnis 90/Die Grünen



**Tom Koenigs**

Mitglied des Deutschen  
Bundestages  
Vorsitzender des  
Menschenrechtsausschusses  
Bündnis 90 /Die Grünen



**Hans-Josef Fell**

Mitglied des Deutschen  
Bundestages  
Sprecher für Energie  
Bündnis 90/Die Grünen

## **Autorenpapier:**

### **Neue Impulse für die deutsch-griechische Zusammenarbeit**

Wie es mit Griechenland weitergeht, ist trotz der Sparbeschlüsse des griechischen Parlaments und des Beschlusses der Finanzminister des Euroraums vom Wochenende unklar. Der hohe Schuldenstand des Landes ist ohne eine konsequente Beteiligung der privaten Gläubiger kaum haltbar. Außerdem hat Griechenland nur mit neuen konjunkturellen Impulsen eine Chance seinen Haushalt zu konsolidieren. Dies kann das Land nicht allein stemmen. Deshalb sollte aus unserer Sicht unbedingt ein europäisches Investitionsprogramm erarbeitet werden, das einen nachhaltigen Umbau der griechischen Wirtschaft unterstützt.

Die Investitionen sollten den ökologischen Umbau der Wirtschaft befördern und die eingeleiteten Strukturreformen unterstützen. Dafür ist es sinnvoll in der deutsch-griechischen Zusammenarbeit und auf europäischer Ebene die Bereiche zu identifizieren, in denen Griechenland über ein großes Potential verfügt.

### **Deutsch-griechische Partnerschaft für den Strukturwandel**

Wir können den Strukturwandel durch die deutsch-griechische Partnerschaft gezielt unterstützen. Dazu zählt die verstärkte Zusammenarbeit der Dachverbände der Wirtschaft und der Außenhandelskammern sowie wesentlicher Industriebranchen zur Ansiedlung industrieller Betriebsstätten in Griechenland. Über Städtepartnerschaften sollte die projektgebundene Zusammenarbeit der Kommunalverwaltungen ausgebaut werden, etwa durch Twinning-Projekte für Verwaltungsbeamte. Die Modernisierung von Verwaltungsstrukturen sollte auch durch den praktischen Austausch der Bundesfinanzverwaltung mit der griechischen Steuerverwaltung für den Aufbau und die Durchsetzung einer funktionsfähigen Steuererhebung vorangebracht werden.

### **Unmittelbare Investitionsanreize schaffen**

Die griechische Kreditklemme ist derzeit ein großes Hindernis für wirtschaftliche Tätigkeiten und die Schaffung neuer Beschäftigung. Deshalb ist ein verstärktes Engagement privater Banken, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) dringend notwendig. Sicherheitsbedenken deutscher Banken könnten durch ein den Hermesbürgschaften ähnliches Verfahren

abgesichert werden. Schwerpunktmäßig sollten Kredite die Gründung und Erweiterung von mittelständischen Firmen unterstützen. Aber auch für die Ansiedlung von ausländischen Unternehmen bietet Griechenland aufgrund der gut ausgebildeten Menschen mit günstigen Lohnkosten Anreize.

### **Erneuerbare Energien**

Vorrangig könnte die dezentrale Umstellung der griechischen Energieversorgung auf Erneuerbare Energien unterstützt werden (Wind, Photovoltaik, Solarthermie, solare Kühlung, Abfallbiomasse, Meeresenergien, Geothermie, emissionsfreier Verkehr). Griechenland verfügt über ein gutes Erneuerbare-Energien-Gesetz, das jedoch in der Praxis durch fehlende Finanzierungen und die fehlende Umsetzung des griechischen Flächennutzungsplanes sowie neuer Gesetze in diesem Bereich aus dem Jahr 2010 erschwert wird. Bei diesen Hindernissen muss dem griechischen Staat Unterstützung zugesagt werden.

### **Tourismus: Schlüsselrolle für Griechenland**

Der Tourismus ist in Griechenland das Rückgrat der heimischen Wirtschaft. 17 Prozent der Wirtschaftsleistung, fast ein Viertel der Arbeitsplätze hängt direkt oder indirekt von der Tourismusbranche ab. Dreiviertel der Übernachtungsgäste kommen aus dem Ausland. Griechenland braucht diesen Devisenzufluss nun mehr denn je. Gerade in strukturschwachen Regionen ist der Tourismus oftmals die einzige Chance zur Belebung wirtschaftlicher Strukturen.

Die Tourismusbranche im Land hat in der Vergangenheit enorm an Qualität gewonnen. Nach Einbrüchen der Buchungszahlen in der letzten Sommersaison liegen die Wachstumsraten derzeit – auch aufgrund der politischen Umbrüche in Nordafrika – im zweistelligen Bereich. Dies darf nicht über grundlegende Schwierigkeiten hinwegtäuschen.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Wettbewerbsdrucks in der Mittelmeerregion gilt es deshalb, die Finanzkrise gezielt für eine Neupositionierung des Tourismusstandortes und damit eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu nutzen. Griechenlands Potenziale sind einmalig: Kultur, Geschichte, Kulinarik und ein gutes Klima. Potenziale, über die es auch gelingen kann, die Tourismussaison über die Hauptreisezeit hinaus zu strecken. Mit diesen Themen und einer Fokussierung auf Nachhaltigkeit kann eine Abgrenzung zu anderen Standorten im Mittelmeerraum gelingen. Mehr als jeder dritte Bundesbürger ist bereit, für ein nachhaltiges Reiseangebot einen Aufpreis von 10 bis 20 Euro pro Urlaubstag zu zahlen. Wir wollen Griechenland dabei unterstützen, diese Potenziale zu nutzen.

Dabei müssen die deutschen Reiseveranstalter mit eingebunden werden. Wir unterstützen daher einen im Herbst geplanten Tourismusgipfel, der deutsche und griechische Tourismuswirtschaft zusammenbringen soll. Tourismus sollte auch strukturelle Hilfe in Griechenland leisten. Die Unternehmen müssen auch im eigenen Interesse mit der heimischen Wirtschaft stärker kooperieren. Hotels bieten mit ihrer großen Nachfrage adäquate Partner, um Ökolandbau durch eine zusätzliche Nachfrage nach regionalen Produkten zu unterstützen. Zugleich haben viele Hotels Aufholbedarf im Bereich Energie- und Ressourceneffizienz. Dies kann insbesondere das regionale Handwerk und damit die Binnennachfrage beleben.

Die Förderung eines nachhaltigen Tourismus bedeutet also einen mehrfachen Gewinn: Attraktivitätssteigerung der Tourismuswirtschaft, mehr Qualität durch regionale Produkte, mehr Arbeit für regionales Handwerk und neben dem Schließen eines regionalen Wirtschaftskreislaufes zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur auch noch eine erhöhte Kaufkraft. So leistet der Tourismus einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung Griechenlands.

### **EU-Strukturmittel effektiv nutzen**

Wir begrüßen den Vorschlag von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Griechenland durch die bis 2013 noch zur Verfügung stehenden EU-Strukturmittel zu unterstützen. Von den 20 Milliarden Euro EU-Strukturmitteln sind erst 5 Milliarden Euro abgerufen worden, da die Verwaltung nicht über die notwendigen Kapazitäten für den Abruf der Gelder verfügt. Die ungenutzten Mittel stellen immerhin 7% des griechischen BIP dar und können damit einen spürbaren Wachstumseffekt haben. Damit sie abgerufen werden können, muss das Prinzip der Kofinanzierung temporär gelockert und durch einen Kredit der EIB vorfinanziert werden, der schrittweise aus den Renditen der Investitionen zurückerstattet werden sollte. Es ist wichtig, dass die Vergabe von EU-Strukturmitteln durch verbesserte Maßnahmen gegen Korruption und eine höhere Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Mittel begleitet wird.

EU-Strukturmittel sollten nicht weiter in Beton, sondern primär in Köpfe und Know-How investiert werden. Aufgrund der schwierigen sozialen Situation im Land sollten Gelder des Europäischen Sozialfonds für die Minderung der katastrophal hohen Jugendarbeitslosigkeit und die Umschulung von Arbeitslosen genutzt werden.

Solche und andere Maßnahmen müssen darauf zielen, dass die harten sozialen Einschnitte in der griechischen Bevölkerung abgemildert werden. Eine antieuropäische Stimmung im Land kann nur verhindert werden, wenn die notwendigen Strukturreformen durch europäisches Engagement und Investitionen in die Zukunft begleitet werden.

## **Zivilgesellschaft mitdenken**

Deshalb muss auch die zivilgesellschaftliche Ebene der deutsch-griechischen Partnerschaft gestärkt werden. Dabei gibt es Projekte, die bereits heute einen wichtigen Beitrag dafür leisten. Freiwillige Feuerwehren etwa engagieren sich bereits über längere Zeit beim Aufbau von Freiwilligenstrukturen im Bereich des Katastrophen- und Brandschutzes.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Griechenland haben sich nach dem 2. Weltkrieg stetig entwickelt. Wir sollten es als große Chance begreifen, dass etwa jede/r zehnte griechische Bürger/in für einige Zeit in Deutschland gelebt hat. Das allein reicht aber nicht, um die Verschlechterung der Stimmung in der deutsch-griechischen Freundschaft im letzten Jahr aufzufangen. Es müssen neue Austauschformate entwickelt werden, die den Dialog im Sinne des gemeinsamen europäischen Projekts stärken.

Deshalb sollte der Austausch von Jugendlichen und Schüler/innen sowie die Kooperation im Kultur- und Bildungsbereich intensiviert werden. Ein Ausbau der Wissenschaftskooperation durch Wissenschaftsorganisation, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen könnte innovative Impulse setzen und langfristig strukturelle Vorteile bringen.

## **Flüchtlingsschutz in Griechenland – Eine europäische Angelegenheit**

Griechenland braucht mehr Europa und nicht weniger – auch bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen. Die Flüchtlingsfrage ist keine nationale, sondern eine europäische Angelegenheit. Gefordert ist also eine europäische Antwort, schließlich sind die EU-Außengrenzen betroffen. Auch Deutschland steht in der Verantwortung Griechenland zu unterstützen, um die Situation von Flüchtlingen zu verbessern.

Die Europäische Union und Deutschland sollten Dolmetscher, Rechtsanwälte, Ärzte und Sozialarbeiter zur Verfügung stellen, damit eine angemessene Betreuung der Flüchtlinge gewährleistet werden kann. Nur durch eine solidarische Unterstützung aller EU-Mitgliedstaaten können die Menschenrechte gewahrt und den Bedürfnissen der Flüchtlinge und Migranten entsprochen werden.

Generell darf sich Deutschland einer Neuverhandlung der Dublin-II-Verordnung nicht weiter verweigern, um eine gerechtere Aufteilung von Flüchtlingen in der EU zu ermöglichen.